

Informationen nach Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bei der Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person

Verantwortlicher	Landschaftsverband Westfalen-Lippe Freiherr-von-Stein-Platz 1, 48147 Münster Telefon: 0251 591-01 Telefax: 0251 591-3300 E-Mail: lw@lwl.org Internet: www.lwl.org
Verantwortlicher Fachbereich	Büro LWL-Landschaftsversammlung Gideon Münstermann Telefon: 0251 591-3333 gideon.muenstermann@lwl.org
Datenschutzbeauftragte	LWL-Hauptverwaltung Karlstr. 11, 48133 Münster Telefon: 0251 591-3336 Telefax: 0251 591-713336 E-Mail: datenschutz@lwl.org
Zweck/e der Datenverarbeitung	Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, vertreten durch das Büro der LWL-Landschaftsversammlung, verarbeitet die personenbezogenen Daten zu folgendem/n Zweck/en: • Durchführung des Sitzungsdienstes • Einladungen zu Veranstaltungen • Pflege eines Sitzungsinformationssystems (ALLRIS) • Bereitstellung eines öffentlichen Sitzungsdienstsystems für die Bevölkerung sowie eines geschützten Zugangs für Mandatsträger
Rechtsgrundlage/n für die Datenverarbeitung	• EU Datenschutzgrundverordnung Art. 6 Abs. 1 e i. V. mit § 3 Datenschutzgesetz NRW • Landesverfassung NRW • Landschaftsverbandsordnung • Gemeindeordnung NRW • Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse

	(Entschädigungsverordnung – EntschVO) • Hauptsatzung des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe • Geschäftsordnung der Landschaftsversammlung, Ausschüsse und Kommissionen
Empfänger:in oder Kategorien von Empfänger:innen der Daten	Empfänger:innen regelmäßiger Datenübermittlungen: • Interne Weitergabe innerhalb des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe soweit dies durch eine Rechtsvorschrift erlaubt ist bzw. die Zweckbindung der Datenerhebung bleibt • Sofern Dritte mit der Verarbeitung von Daten auf Grundlage eines sogenannten „Auftragsverarbeitungsvertrages“ beauftragt werden, geschieht dies auf Grundlage des Art. 28 DSGVO.
Datenübermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation	keine
Dauer der Speicherung oder Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer	Die Speicherung und Verarbeitung der Daten erfolgt für den erforderlichen Zeitraum, längstens so lange bis eine mögliche Erforderlichkeit der Speicherung dieser Daten zur Geltendmachung oder Abwehr zivilrechtlicher oder sonstiger rechtlicher Ansprüche nicht mehr zu erwarten ist oder die Aufbewahrungsfrist einer Wahlperiode endet.
Pflicht zur Bereitstellung von Daten	siehe Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung
Rechte der betroffenen Person	Die von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte: a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO). b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO). c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig

hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz:

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen

Kavalleriestr. 2-4

40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 38424-0

Fax: 0211 38424-10

E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Internet: www.ldi.nrw.de